

Laibacher Zeitung.

Nr. 55.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fl. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 9. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fl., 2 mal 80 fl., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1 m. 6 fl., 2 m. 8 fl., 3 m. 10 fl. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fl.

1869.

Nichtamtlicher Theil.

Die Landtage und der Reichsrath.

Wien, Anfang März. Es sind nicht blos die Czechen, Polen und Slovenen, denen der Rest österreichischer Einheit noch zuviel ist; es gibt auch deutsch-österreichische Landtage, die ihnen Beihilfe leisten. So gehört z. B. der niederösterreichische mit zu jenen sieben, die in Hader mit dem Ministerium sind, beharrlich festhaltend: dem Reichsgesetz über das Schulwesen gegenüber komme ihren Landtagsbeschlüssen als solchen der Vorzug zu. Ueber die Schule selbst sind die sieben darum keineswegs im Einverständniß; denn die Landtage von Tirol und Krain opponiren, weil sie der Geistlichkeit mehr — die fünf anderen aber, weil sie der Geistlichkeit weniger Einfluß auf die Schule einräumen möchten, als das Reichsgesetz thut. In solcher Art wären denn Liberale und Clericale zusammen; es muß um jeden Preis gemeinschaftlich durchgesetzt werden, theils, daß der Ortsgeistliche nicht vermöge dieser Eigenschaft mit im Ortschulrat sitze, theils, daß er auf jeden Fall das Heft in der Hand habe, je nach dem Willen des betreffenden Landtages. Um einen gemeinsamen pädagogischen Grundsatz, wie man sieht, handelt es sich dabei nicht, worüber die Herren einverstanden sind, das ist lediglich Opposition gegen das Ministerium, Frontmachen gegen den Reichsrath, und am Ende ein Backenstreich für die Verfassung selbst. Nun hat der niederösterreichische Landtag allerdings auch einen Antrag gestellt, der weder in Laibach noch in Innsbruck Aussicht auf landtägliche Zustimmung hat, nämlich auf Einführung direkter, nicht durch die Landtage vorzunehmender Wahlen in das Abgeordnetenhaus. Der Antrag will nicht rechtpassen zu jener andern Tendenz, die im Interesse der Landtage Front gegen den Reichsrath machen hilft; indessen scheint die Absicht dort auf eine Verstärkung des reichsräthlichen Ansehens gerichtet zu sein, während die Opposition in der Schulfrage offenbar auf eine Schwächung desselben hinwirkt. Mit anderen Worten: nach dieser Auffassung hat der niederösterreichische Landtag das eine Pferd vor — das andere aber hinter den Wagen gespannt. Was soll nun das Abgeordnetenhaus, in das man die Frage der directen Wahlen soeben in Gestalt einer Interpellation gebracht hat, mit dieser eigenthümlichen Art von Zwiegespann anfangen? Directe Wahlen mit Umgehung eines Landtages sind in § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vorgesehen, jedoch nur als Ausnahme für den Fall, daß der betreffende Landtag sich der Bannahme der Wahlen weigert. Um die Ausnahme zur Regel zu machen, müßte man

die Verfassung ändern; um die Wahlordnungen der Länder umzugestalten, bedürfte man der Zustimmung der Landtage, welche voraussichtlich bei manchen der selben nicht zu erlangen wäre. Soll alsdann das Abgeordnetenhaus theilweise aus directen, theilweise aus landtäglichen Wahlen hervorgehen? Zweckmäßig im Sinne der Einheit wäre das nicht. Ob ein System directer Wahlen, das zwischen Landtag und Reichsrath ein trennendes Prinzip einschöpfe, eine moralische Verstärkung des Reichsrathes sein würde, darüber läßt sich streiten; daß aber ein combiniertes System von zweierlei Wahlarten neben einander nicht eben eine verbesserte Einheit in sich schloßse, das liegt doch wohl auf der flachen Hand. Und darum von vermeintlich liberaler Seite ein Rütteln an der Verfassung, an der schon von ganz anderen Leuten gezerrt und gezaust wird?

Parlamentarisches.

Wien, 5. März.

(Confessioneller Ausschuß.) Auf der Tagessitzung der heutigen Sitzung des confessionellen Ausschusses stand bereits die Gesetzesvorlage, durch welche die Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volkschulen festgestellt werden. Von Seite der Regierung wohnten dieser Sitzung bei Se. Exc. der Unterrichtsminister Ritter v. Hafner, ferner Sectionschef Dr. Glaser und Sectionsrath Herrmann.

Auf Antrag des Abg. Dr. v. Figuly, welchen Abg. Groß (Wels) unterstützte, faßte der Ausschuß den Beschuß, ohne Generaldebatte und ohne vorherige Bestellung eines eigenen Referenten in die Specialberathung der Regierungsvorlage einzugehen.

An der Debatte über § 1 beteiligten sich sämtliche anwesenden Ausschusmitglieder und wurde derselbe abweichend von der Regierungsvorlage über Antrag des Abg. Dr. v. Figuly, in folgender Weise formulirt, angenommen.

„Die Volkschule hat zur Aufgabe, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen, deren Geistesfähigkeit zu entwickeln, sie mit den zur weiteren Ausbildung für das Leben erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und die Grundlage zur Heranbildung tüchtiger Menschen und Mitglieder des Gemeinwesens zu schaffen.“

Auch über § 2 der Vorlage entspann sich eine längere Debatte, jedoch wurde derselbe mit Hinblick darauf, daß er mit § 3 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, wodurch grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältniß der Schule zur Kirche erlassen werden, gleichbedeutend ist, schließlich unverändert nach dem Wortlaut der Regierungsvorlage zum Beschuß erhoben.

Zum § 3, welcher die Gegenstände festsetzt, die an

jeder Volkschule gelehrt werden sollen, wurden mehrere Zusatzaufträge gestellt, indessen sämtlich abgelehnt und der Paragraph ebenfalls nach der Regierungsvorlage genehmigt. Ebenso § 4, nur wurde über Antrag des Abg. Dr. v. Figuly die Bestimmung, wonach der Unterrichtsminister auch die Einrichtung der Volkschulen nach Einvernehmen der Anträge der Landesschulbehörde festzustellen hat, gestrichen.

(Der Strafprozeßordnungsausschuss) hat in seiner heutigen Sitzung die erste Lesung des Entwurfes einer Strafprozeßordnung für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder beendigt.

Wien, 6. März.

(Subcomité des Verfassungsausschusses.) Auch in der gestern Nachmittags abgehaltenen Sitzung des Subcomité des Verfassungsausschusses bewegte sich die Berathung über die galizische Landtagsresolution, wie in der ersten Sitzung, mehr in den Kreisen einer allgemeinen Discussion. Wie bei den ersten drei Paragraphen dieser Resolution, so wurde auch bei den nachfolgenden jedesmal zunächst die Aufschauung des Abg. Dr. Biemialkowski darüber vernommen, welcher jeden einzelnen Paragraph zu begründen unternahm.

Es wurde sodann weiter bei jeder Forderung der Resolution in Betracht gezogen, ob die betreffenden Modificationen der Verfassung als allgemeine Normen für die sämtlichen Kronländer aufgestellt werden können und welche Rückwirkungen es auf das Reich haben würde, wenn dieselben für Galizien allein beschlossen würden. In dieser Weise wurden alle Paragraphen der Resolution durchberathen, ohne, daß bis jetzt in eine Beschlusssatzung eingegangen worden wäre.

Bevor nunmehr das Comité in die Detailsberathung und Beschlusssatzung über die einzelnen Paragraphen der Resolution eingehen wird, beabsichtigt dasselbe die Minister zu einer Sitzung einzuladen, um auch deren Ansicht zu vernehmen.

Die zweite preußische Chronrede.

Berlin, 6. März. Der Landtag wurde soeben mit folgender, vom Grafen Bismarck verlesenen Chronrede geschlossen:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchstarem Namen zu schließen.

Durch die Berathungen und Ergebnisse dieser Session ist das Vertrauen, welches Seine Majestät beim

Feuilleton.

Der Nihilist.

Was wurde in letzter Zeit über den Ursprung, die Tendenz und den Wirkungskreis der in Russland stark ausgebreteten politischen Secte der Nihilisten geschrieben und die wunderlichsten Gerüchte circulierten über deren Umtreibe und Absichten. Ein Pole, der in letzter Zeit dieses Riesenreich bereiste, der Landessprache vollkommen mächtig war und mit dem Mittelstand öfters in Berührung kam, die politischen Schriften der hervorragendsten Persönlichkeiten (welche sich junges Russland benennen), als Michailow, Pisarew, Nekrasow, Herzen u. a., einem gründlichen Studium unterzog, ja mit einigen persönlich verlehrte, theilt uns sehr schätzenswerthe Auskünfte mit, welche einen denkenden, gefühlvollen Menschen mit Grauen und Entrüstung erfüllen müssen.

Der Nihilist leitet seinen Ursprung ab vom lateinischen nihil (nichts). Es erscheint zwar als eine Unmöglichkeit, ja ein Unding, daß eine politische Partei ihr Dasein und ihre Zukunft auf (nihil) nichts richtet, dem ist aber doch so. Der Nihilismus, welcher in allen Clasen der großen russischen Bevölkerung seine zahlreichen Anhänger hat, bezweckt nichts anderes, als den Umsturz der ganzen bürgerlichen Ordnung und der vorhandenen Staatseinrichtungen, ohne etwas anderes als das Vernichten zu bezwecken! Der Nihilist, schreibt Pisarew, handelt wie es ihm beliebt oder am geeignetesten eignet, richtet sich nach dem persönlichen Willen und eigener Berechnung — weder innerlich noch äußerlich etwas als recht und billig, was er in Worten abschreit.

duldet der Nihilist einen Lenker oder Regulator seines Thuns und Handelns, er sieht keinen höheren Plan und kein edleres Ziel als das Vernichten. Der Nihilist blickt mit einer gewissen hochmuthigen Verachtung auf diejenigen, die höher gestellt sind, hingegen läßt er seine Macht den ihm Untergebenen fühlen. Er liebt nichts und niemand, weil er es als überflüssig erachtet, sich an jemand oder etwas zu binden. Sein Cynismus hat zwei Seiten, die innerliche und äußerliche, der Cynismus des Gefühls und Gedankens und der Cynismus im Verhalten und Ausdrucke.

Ironie und Scherz über Gefühl, Poesie und Schwärmerie charakterisiert den inneren Cynismus; gemeiner Ausdruck dieser Ironie, gepaart mit Unhöflichkeit im Umgange, charakterisiert den äußerlichen Cynismus. — Solche Leute, sagt Nekrasow, schafft der schwere Lebenskampf. Von undankbarer Arbeit werden die Hände dick und steif, der Mensch verliert das Hartgefühl und die Gesittung, welche Bildung und Civilisation verleihen — er wird vor der Zeit reif, verscheucht jedwede jugendliche Schwärmerie, denn die Zeit der harten Arbeit läßt keine aufkommen — ! — Das moralische Leiden erachtet der Nihilist als eine Erfindung, das moralische Streben (Wirken) und Hingebung als eine Dummheit. Wenn der Nihilist nicht handeln kann, sagt Czerniszew, so wird er es gar nicht versuchen, denn er verachtet alles, was ihn umgibt. Ohne seine Verachtung zu bemühten, unternimmt er den Kampf erst dann, wenn er sich hingänglich stark fühlt — und bis dahin vertilgt er alles, was Zeiten, Sitten und Gebräuche geheiligt und aufgeklärte Menschen als gut und geehrt zu betrachten pflegten. Der Nihilist erkennt oft in der Tiefe seiner Seele etwas als recht und billig, was er in Worten abschreit.

tet, weil er nicht duldet, dasjenige auch als Recht anzuerkennen, was sein Inneres als gerecht fühlt.

Der Nihilist, sagt Michailow, ist der Gegner der bestehenden bürgerlichen Ordnung, der Nihilist sieht mit Entrüstung auf staatsbürgerliche und ökonomische Verhältnisse, mit Verachtung auf das Verhältniß des Mannes zum Weibe, der Kinder zu den Eltern, des Lehrers zu den Lernenden. Die Religion ist ihm verhaßt, weil unter ihrem Schleier die widerwärtigsten Grundsätze verbreitet werden — mit einem Worte, es ist seine Ueberzeugung, ja sein Bedürfniß und einziges Streben, zum Umsturze der bestehenden Ordnung beizutragen.

Der Nihilismus, sagt endlich Herzen, ist die Logik ohne Structur, eine Lehre ohne Dogma; stilles Ergeben den Erfolgen gegenüber und den Erfahrungen, und die Ertragung deren Folgen ohne Murren. Dieses ist eine kurzgefaßte Bezeichnung des Charakters und der Grundsätze des sogenannten „jungen“ Russland, welches sich berufen fühlt, die staatsbürgerlichen Verhältnisse Russlands umzugestalten und auf den Trümmern des durch Vorurtheile verrosteten Körpers des alten Europa ein neues Leben zu schaffen.

Was werdet Ihr aber nach erfolgter Verstörung und Vernichtung aufbauen? Habt Ihr ein fertiges Programm? fragte der Pole einen gebildeten Nihilisten. Nein, erwiderte er, das ist nicht unsere Sache; unsere Aufgabe ist das Vernichten, und mit dem werden wir vollaus zu thun haben. Das Aufbauen auf festeren Grundsätzen als die heutigen überlassen wir der künftigen Generation. Russland ist berufen zur Umgestaltung der ganzen Welt! Es bindet uns nichts, weder die Geschichte, denn diese hatten wir nicht; weder das Vaterland, denn wir erachten nicht dieses Wort eingewängt

Beginne derselben aussprachen, gerechtfertigt worden. Die Staatsregierung darf der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Vermittlung widersprechender gleichberechtigter Ueberzeugungen und damit die Ueberwindung einer vom parlamentarischen Leben unzertrennlichen Schwierigkeit in der gegenwärtigen Session in einem Maße gelungen ist, welches einen entschiedenen Fortschritt unserer verfassungsmäßigen Entwicklung bekundet.

Es gereicht der Regierung Seiner Majestät zur Genugthuung, daß der Landtag den Staats-Haushalt-Etat nach eingehender Prüfung fast unverkürzt genehmigt und die zur vollständigen Deckung der Ausgaben erforderlichen außerordentlichen Mittel bewilligt hat. Sie wird bei der Ausführung des Etats mit gewissenhafter Sorgfalt und Sparsamkeit zu Werke gehen und die Nothwendigkeit der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Staateinnahmen und Ausgaben zur Richtschnur ihrer künftigen Vorlagen machen.

Den Dank Sr. Majestät des Königs spricht Ihnen die Staatsregierung dafür aus, daß Sie dem Gesetz, durch welches die Auseinandersetzung mit der Stadt Frankfurt am Main geordnet wird, bereitwillig Ihre Zustimmung etheilt und die Regierung dadurch in den Stand gesetzt haben, diese Angelegenheit auf einem von der Erörterung streitiger Rechtsfragen abschenden Wege zum Abschluß zu bringen.

Die Vorlagen behufs Förderung der Rechtspflege und der Rechtsgemeinschaft in allen Theilen der Monarchie haben theilweise die Zustimmung der beiden Häuser gefunden.

In Betreff weiterer, gleich wünschenswerther Reformen darf die Regierung für die nächste Session die Erzielung eines allseitigen Einvernehmens hoffen.

Durch Ihre angestrenzte Thätigkeit ist es ferner möglich gewesen, namhafte Verbesserungen in der Gesetzgebung für einzelne Provinzen herbeizuführen. Das Bestreben der Staatsregierung, hi bei den Wünschen dieser Provinzen eine mit dem allgemeinen Interesse vereinbare Rücksichtnahme zu Theil werden zu lassen, hat seitens beider Häuser des Landtages bereitwillige Unterstützung gefunden.

Wenn die Berathungen auf dem Gebiete des Unterrichtswesens zu einem abschließenden Ergebnisse nicht geführt haben, so wird die Staatsregierung sich hi durch um so mehr veranlaßt finden, die Zeit bis zur nächsten Session zur weiteren Klärung der Frage zu benützen, um demnächst mit einer umfassenderen Vorlage an den Landtag treten zu können.

In Betreff der Fortbildung unserer corporativen Organisationen hat die Staatsregierung die beabsichtigte Vorlage im Laufe dieser Session noch nicht an den Landtag zu bringen vermocht. Die vertraulichen Vorberathungen aber, welche mit Rücksicht auf die umfassende Bedeutung und die mannigfachen Schwierigkeiten einer befriedigenden Lösung dieser Aufgabe wünschenswerth erscheinen, berechtigen zu der Hoffnung, daß die Verständigung über dieselbe in der nächsten Session in einer den Interessen des Landes entsprechenden Weise gelingen werde.

Im Altheröchtesten Auftrage Sr. Majestät des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen.

Das Buch Olliviers.

Paris, 28. Februar. (A. A. Btg.) Wir erhalten die Probebogen des demnächst in Paris erscheinenden

in den engen Rahmen des Despotismus; weder der Wohlstand, denn diesen kennen wir nicht; weder die Religion, welche bei uns keine moralische Macht, sondern ein administratives Werkzeug ist. Wir bedauern nicht wie die übrigen Völker Europa's, unsere Vergangenheit in Trümmer aufgehen zu lassen, darum ist unsere Zukunft herrlich und groß.

Aber mit dem Vernichten des seit Jahrhunderten Bestehenden und Geheiligten geht es nicht so leicht, wendete der Fremde lächelnd ein. — Leichter, Freund, als Sie es glauben. Nirgends hat der Nihilismus einen besseren und fruchtbaren Boden, als eben im despotischen Russland, da will ich Ihnen ein kleines Beispiel anführen. Palastrevolutionen sind bei uns an der Tagesordnung, das weiß die ganze Welt. Gesezt den Fall, er stirbt der Czar, gleichviel eines natürlichen oder unnatürlichen Todes; was ist leichter, als unter die rohe, aufgeregte Volksmasse zu verbreiten, die Großen haben den Czar umgebracht (gedenken Sie noch an das Attentat des Karakazoff?), um die Leibeigenschaft und Knechtschaft des Bauers zurückzuführen. In der Armee sagt man wieder, es haben die Generale den Hsopodar ermordet, um die Patki und die langjährige knechtische Dienstzeit, nach der sie sich so sehr sehnen, einzuführen; dann ist die Furie los und die Schreckenstage der französischen Revolution werden aus dem Gedächtnisse verschwinden! Der Bauer zittert vor dem Gedanken, die Freiheit wieder zu verlieren, und der Soldat vor Patki.

Ob das heutige Russenreich, ein wahrhafter Kolos auf irdenen Füßen, berufen oder in der Lage ist, in die Geschicke und Umgestaltungen Europa's mit Energie einzugreifen? Möge sich der denkende Leser nach dem entworfenen Bilde ein Urtheil darüber bilden. (Deb.)

Buchs von Emil Ollivier „Der 19. Januar," denen wir für heute den nachstehenden, auf die im Titel des Buchs bezeichnete Episode des zweiten Kaiserreichs bezüglichen Auszug entnehmen.

„Gegen Ende des December," so beginnt der Verfasser sein 13. Capitel, „erhielt ich in La Moutte bei Saint Tropez ein Billet, in welchem Graf Walewski mich bat, mit ihm über die in der Geschäftsordnung der Kammer vorzunehmenden Reformen zu sprechen. Am 31. December war ich in seinem Cabinet. Die Loyalität war der hervorragende Zug im Charakter des Grafen Walewski. Er war ein Ehrenmann in der vollen Bedeutung des Worts; man konnte sich auf sein Wort verlassen, und wem er die Hand entgegenstreckte, der brauchte weder Doppelsinn noch Verrath zu fürchten. . . . Statt mir von der Geschäftsordnung zu sprechen, sagte mir Dr. v. Walewski: er sei mit mir überzeugt, daß das Kaiserreich sich ohne Freiheit nicht erhalten und befestigen könne; daß der Kaiser, mit dem er in Compiegne lange Unterredungen gehabt, ebenso denke, und daß demgemäß die folgenden Maßregeln beschlossen worden seien: Verweisung der Minister an die Kammer als Regierungscommissäre; die Aufhebung des Staatsministeriums, oder vielmehr dessen Reduction auf das, was es früher gewesen; die Zurücknahme der Adresse und Erfaß der selben durch das Interpellationsrecht; ein Decret, welches unter Beibehaltung des gegenwärtigen Präregimes die Unterdrückung von Zeitungen von gewissen Garantien abhängig mache, wie z. B. die Intervention des Staatsraths.“ Ollivier erwiederte: daß dieses Programm hinter seinen Wünschen zurückbleibe; Walewski aber bestand darauf, daß er doch bei Durchführung derselben helfen solle, „und um Ihnen die Füße in die Schüttel zu stellen, werde ich Ihnen sagen (indem er diese Worte sprach, betonte er jede Silbe und sah mir ins Auge), daß der Kaiser mich beauftragt hat, Ihnen das Ministerium des öffentlichen Unterrichts anzubieten, unter allgemeiner Abordnung in die Kammer als Regierungsräder.“ Ich antwortete ihm ohne Zögern: wenn ich in die Geschäfte eintreten wollte, so würde kein Ministerium meinen Neigungen und meinen Studien besser zusagen als das des öffentlichen Unterrichts, und im übrigen würde ich, wenn ich es für nöthig hielte, um meine Ideen nützlich zu sein, selbst die Funktionen eines Feldwächters übernehmen. „Aber ich bin fest entschlossen, nicht Minister zu werden, und kann Ihnen meine Unterstützung nur als Abgeordneter zusagen, und dieselbe wird wirksamer sein als diejenige, welche ich Ihnen als Minister leisten könnte.“ Am folgenden Tag richtete Ollivier darauf ein Schreiben an den Grafen Walewski, worin er, bei reiferer Ueberlegung, auch seine Bereitwilligkeit in die Geschäfte einzutreten aussprach, aber dafür drei Bedingungen aufstellte: 1) Verzicht auf das Militärgezetz, 2) Abschaffung des Art. 44 der Verfassung und anerkannte Möglichkeit für einen Minister, Abgeordneter zu bleiben; 3) Abschaffung der willkürlichen Gewalt in Angelegenheiten der Presse, und Gründung irgend eines gesetzlichen Regime's für dieselbe. Er entwickelte des längeren die Nothwendigkeit dieser drei Punkte. In einer neuen Unterredung sagte ihm darauf Walewski: „Im Prinzip nehme ich Ihre Ideen an. Das Reorganisationsgesetz für die Armee ist beinahe aufgegeben; der Kaiser ist entschlossen, etwas für die Presse zu thun; an Ihnen ist es nun zu erlangen, daß er viel thue und bis zum gesetzlichen Regime gehe; Ihre Gründe für Abschaffung des Art. 44 erscheinen mir gewichtig, aber ich glaube nicht, daß es klug sein würde, diese Reform als eine absolute Bedingung aufzustellen.“ Graf Walewski sprach nun mit dem Kaiser, der sich einige Tage Bedenkzeit und die Sammlung der Ollivierschen Reden ausbat um dieselben durchzulesen. Ollivier schickte sie, nachdem er zuvor die Stellen angestrichen, die ihm die wichtigsten dünkteten. Es wurde nun verabredet, daß er beim Kaiser eine Audienz haben solle; aber schon am 6. Jänner schrieb er an den Grafen Walewski: „Alles ist so offen zwischen uns verhandelt worden, daß ich es für meine Pflicht halte, Ihnen zu sagen, daß ich nach vielem Nachdenken und vielem Zweifel mich in Wahrheit nicht entschließen kann, dem Kaiser bei der von ihm vorbereiteten Wandlung als Unterrichtsminister (das wünschenswerthe aller Ministerien) zu helfen. In meiner Eigenschaft als Abgeordneter werde ich ihm dagegen meine eifrigste Mitwirkung leihen. Wie ich Ihnen bereits gesagt, da ein Fachministerium keine Politik kennzeichnet, so ist mein Eintritt in die Geschäfte nicht unumgänglich. Wenn ich denselben ohne Nothwendigkeit vornehme, so würde ich scheinbar jenen Recht geben, die mein Verhalten seit mehreren Jahren dem Wunsche zuschreiben, Minister um jeden Preis und von was immer zu sein. Die Uneigennützigkeit war bisher meine beste Waffe und ich darf mich derselben nicht berauben. In der Politik entstammt die unwiderstehliche Gewalt mehr dem Charakter als dem Talent. In diesem Sinn werde ich zum Kaiser sprechen. Nach mehrmaligen Aufschub fand die Audienz am 10. Jänner statt, deren Bericht Ollivier durch ein kurzes Charakterbild des Kaisers einleitet:

„Man hat sich eine falsche Vorstellung von der Person des Kaisers gemacht; man denkt sich denselben düster, unbeweglich, und so erscheint er in der That bei den öffentlichen Festlichkeiten. In seinem Cabinet ist er ein anderer, da ist seine Physiognomie offen, und ob-

schon er nie eine gewisse Zurückhaltung, die beinahe aussieht wie Schüchternheit, aufgibt, ist doch sein Empfang ein herzlicher, von einer Einfachheit, die gewinnt, und einer Artigkeit, die besticht. Er hört zu wie jemand, der sich das Gehörte einprägen will; hat er nichts schlagendes zu erwiedern, so läßt er reden; er unterrichtet nur, um in gewählten Ausdrücken einen ernsten Einwurf zu machen. Sein Geist ist durch kein dieses Vorurtheil beschwert; man kann ihm alles sagen, selbst was gegen seine Meinung geht, selbst die Wahrheit, vorausgesetzt, daß man sich mit Sanftmuth ausdrückt und mit einem sympathischen Gefühl für seine Person. Seine Sinneswechsel, die vielen als Verheimlichung erschienen sind, sind nur die natürlichen Bewegungen einer für Eindrücke leicht empfänglichen Seele. Man könnte behaupten, daß er nur dem Großen zugänglich sei, wenn er nicht zuweilen das Effectvolle mit dem Großen verwechselt hätte. Seine Entschlüsse bilden sich langsam, und es mißfällt ihm nicht, daß sie ihm wie eine Nothwendigkeit der Umstände aufgedrängt werden. Wenn man ihn nicht scheu mache, würde er sich an die Freiheit gewöhnen.“ Die Einzelheiten seiner Unterredung mit dem Kaiser wiederholt Ollivier nicht. „Als alle Fragen erschöpft waren, sagte mir der Kaiser: Und Sie? Es scheint, daß Sie nicht in die Geschäfte einzutreten wünschen. — Es ist wahr, Sire, und ich bitte Sie, es nicht von mir zu verlangen.“

Am folgenden Tag richtete Ollivier einen Brief an den Kaiser, auf welchen er das nachstehende eigenhändige Autograph schreiben erhielt:

„Paris, 12. Jänner. Ich danke Ihnen, mein Herr, für den Brief, welchen Sie mir geschrieben haben, und der ein ebenso wahres wie genaues Resumé unserer Unterredung enthält. Unsere Unterhaltung hat mir den angenehmsten Eindruck zurückgelassen, denn es ist für mich eine große Genugthuung, mit einem Mann zu reden, dessen erhabene und patriotische Gefühle über den kleinen Interessen der Personen oder der Partei schweben. Obgleich entschlossen, die Bahn zu verfolgen, deren Ziel ich vor wenigen Monaten Walewski vorgezeichnet habe, möchte ich noch mit Ihnen und Rouher über die Einzelheiten der Ausführung sprechen. Glauben Sie sicherlich, daß, was mich zurückhält, nicht die Ungewissheit, noch eine leere Eitelkeit auf meine Prärogative ist, sondern die Furcht, mir die Mittel zu bemeinen, um in diesem von so verschiedenen Leidenschaften durchwühlten Lande die moralische Ordnung, diese wichtigste Basis der Freiheit, wiederherzustellen. Was mich bezüglich eines Gesetzes über die Presse beunruhigt, ist nicht der Punkt, die Kraft zu finden, welche strafen wird, sondern die Art in einem Gesetze die Vergehen zu definiren, welche eine Strafe verdienen. Die gefährlichsten Artikel könnten jeder Verurtheilung entschlüpft und die unbedeutendsten der Strenge des Gesetzes verfallen. Hier ist immer die Schwierigkeit gewesen. Dessenungeachtet, um auf die Geister durch entscheidende Maßregeln Eindruck zu machen, möchte ich mit einem dasjenige errichten, was man die Krönung des Gebäudes genannt hat; ich möchte es thun, um nicht mehr darauf zurückkommen zu müssen, denn es ist für mich und namentlich für das Land von Wichtigkeit, definitiv fixirt zu sein. Es ist nothwendig, entschlossen das Ziel vorzuziehen, das ich erreichen will, ohne den Anschein zu haben von Jahr zu Jahr zu Zugeständnissen getrieben zu werden, denn man fällt immer, wie Dr. Guizot gesagt hat, auf die Seite, auf welche man sich neigt, und ich will aufrecht und festen Schritten gehen, ohne bald nach rechts und bald nach links zu schwanken. Sie sehen, daß ich mit großem Freimuth zu Ihnen rede, denn Sie haben mir ein volles Vertrauen eingesetzt, und meine Eingebungen werden mir immer um so besser erscheinen je mehr Sie mit den Ihrigen übereinstimmen werden. Glauben Sie an meine Gefühle. Napoleon.“

Der Aufstand auf der Insel Cuba,

welchen eine Reihe von Telegrammen bereits als seinem Ende nahe bezeichnete, scheint nach der letzten amerikanischen Post noch immer eine bedeutende Ausdehnung zu haben. Offiziell wird eingestanden, daß die Insurgenten Herren des ganzen Gebietes um Puerto Principe, mit Ausnahme der Hauptstadt selber, sind. Sonst läßt die Regierung nichts verlauten; bezeichnet ist es aber, daß der Generalcapitän Dulce die Amnestie, die Presse- und Versammlungsfreiheit wieder aufgehoben hat. In der Nähe von Colon haben die Aufständischen sich unter Führung mexicanischer Offiziere gezeigt. In den Guzoo-Gebirgen sollen 2000 Mann das Zeichen zum Aufstand erwarten. In Trinidad hatte der amerikanische Consul sein Amt aufgegeben und sich den Insurgenten angeschlossen. Die amerikanischen Unterthanen in Cienfuegos hatten ihre Regierung um ein Kriegsschiff zu ihrem Schutz angegangen, aber abschlägigen Bescheid bekommen. In Puerto Principe droht eine Hungersnoth auszubrechen, und im Hospital von Nuevitas liegen über 100 febrile Soldaten. In Santiago war die Cholera ausgebrochen, und bei Espiritu Santo hatte ein Zusammenstoß zwischen den Insurgenten und den regulären Truppen stattgefunden, bei welchem erstere den Sieg davontrugen. Bezeichnend für die Zustände auf Cuba ist übrigens folgende romantische Geschichte: Senorita Al-dama, die junge Tochter eines cubanischen Nabob, wohnte in der Loge ihres Vaters einer Theatervorstellung

bei, als zufällig das cubanische Revolutionslied gesungen wurde. Da bemerkte man an der linken Brust der jungen Dame die amerikanische Cocarde mit der Umschrift: „Lange lebe die Republik Cuba“, und brach in einen wütenden Beifallssturm aus. Die Dame erhob sich, um sich dankend zu verneigen, als eine Kugel aus dem Revolver eines Spaniers ihrem Leben ein Ziel setzte. Der Spanier wurde sofort von einem Amerikaner, der die Woge neben Senorita Aldama innehatte, niedergeschossen, und bald war das ganze Theater eine Szene der größten Verwirrung, als spanische Truppen erschienen, in das Gedränge hineinfuhrten und bald das Theater räumten.

Die Antrittsrede des Präsidenten Grant.

Der Telegraph hat bereits einige Stellen aus der am 4. d. M. in Washington bei der Beleidung des Generals Grant als Präsidenten gehaltenen Antrittsrede desselben mitgetheilt. Wir glauben den nachstehenden Wortlaut dieser Rede des besonderen Interesses wegen mittheilen zu sollen:

„Witbürger! Eure Abstimmung hat mich zum Präsidenten erwählt. Ich habe den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid ohne inneren Vorbehalt geleistet, mit dem Entschlusse nach besten Kräften alles, was mein Amt ist, zu thun. Die Verantwortlichkeit meiner Stellung fühle ich, doch ich übernehme sie ohne Furcht, das Amt ist mir ohne mein Zuthun übertragen. Ueber die wichtigsten Fragen beabsichtige ich jederzeit dem Congress meine Ansichten auszusprechen. Wenn ich es ratsam halte, gedenke ich mein Veto einzulegen, um Maßregeln, gegen welche ich bin, abzuwenden, doch alle Gesetze sollen getreulich ausgeführt werden, mögen sie meine Zustimmung haben oder nicht. Ich werde die Politik befolgen, kein Gesetz zu empfehlen, welches mit dem Volkswillen in Widerspruch steht. Gesetze sind bestimmt, über alle zu herrschen. Sowohl über diejenigen, deren Beifall sie haben, als über diejenigen, welchen sie widerstreben. Ich kenne keine Methode, die Zurücknahme schädlicher Gesetze zu sichern, welche so wirksam wäre, als genaue Durchführung derselben. Viele Fragen werden sich in den nächsten vier Jahren erheben. Es ist wünschenswerth, daß sie mit Ruhe, ohne Vorurtheil erworben werden, da das größte Gut des Volkes und die Mehrzahl desselben aufs innigste davon berührt wird. Dieses beansprucht Sicherheit der Person, des Eigentums, der religiösen und politischen Meinung überall im Lande. Alle Gesetze, welche diese Absicht fördern, werden von mir nach besten Kräften unterstützt werden. Zur Sicherung der Union hat eine große Staatschuld aufgenommen werden müssen, deren Tilgung zugleich mit der Rückkehr zur Metallwährung, sobald dieselbe ohne Schädigung des Landes erfolgen kann, ins Auge gesetzt werden muß. Um der Nationallehre willen sollte jeder Dollar Regierungsschuld in Gold bezahlt werden, wenn nicht im Contrakte andere Bestimmungen festgesetzt sind. Möge man nur wissen, daß auch hinsichtlich keines einzigen Pfennigs der Staatschuld eine Repudiation stattfindet, so wird das schon viel zur Stärkung des Staatsredits beitragen, welcher der beste in der Welt sein müßte, und es wird uns schließlich in den Stand setzen, die Schuld durch Bonds zu ersehen, für welche wir weniger Zinsen zahlen als wir jetzt zu zahlen haben. Dazu sollten eine ehrliche Erhebung der Steuern und strenge Rechenschaftsablegung an das Schatzamt für jeden Dollar und die größtmögliche Einschränkung in den Ausgaben kommen. Wer zweifelt daran, daß es thunlich sein wird, jeden Dollar abzuzahlen, und zwar mit größerer Bequemlichkeit als jetzt, wo wir für unnützen Zug zu zahlen haben. Der darunterliegende Verlust muß wieder gehoben und die Industrie ermutigt werden. Die jungen Männer dieses Landes haben ein besonderes Interesse daran, die Nationallehre aufrechtzuerhalten. Augenblicke des Nachdenkens über unseren künftigen gebietenden Einfluß unter den Nationen sollten sie mit Nationalstolz begeistern. In welcher Weise die öffentliche Schuld getilgt, die Metallzahlung wieder aufgenommen werden soll, ist nicht so wichtig, als daß der Plan dazu gesetzt wird. Geeinigte Entschließung zum Handeln ist mehr werth, als getheilter Rath über die Art des Handelns. Eine Gesetzgebung über diesen Gegenstand mag jetzt vielleicht nicht nothwendig noch selbst ratsam sein, doch sie wird es werden. Sobald das Gesetz überall im Lande in voller Kraft wiederhergestellt und der Handel in sein gewohntes Gelenke gebracht ist, wird es mein Bemühen sein, die Gesetze getreulich auszuführen und für die regelmäßige Erhebung aller Staatseinnahmen zu sorgen. Ich werde nach bestem Ermessens nur solche Beante erneuen welche zur Ausführung dieses Planes geeignet sind. Betreffs der auswärtigen Politik beabsichtige ich mit den andern Nationen auf dem Fuße der gleichen Billigkeit zu verkehren, wie sie Privatpersonen gegeneinander beobachten müssen. Ich beabsichtige den gesetzlichen Schutz allen hier wohnenden Bürgern, mögen sie Eingeborene oder von fremder Abkunft sein, zu gewähren. Sobald irgend ihre Rechte gefährdet sind, wo irgend die Flagge unseres Landes weht, beabsichtige ich die Rechte aller Völker zu achten, doch gleiche Achtung für unsere eigenen zu fordern. Wenn andere von dieser Regel des Verkehrs mit uns abweichen sollten, so

können wir veranlaßt werden, ihrem Vorgange zu folgen. Die angemessene Behandlung der Indianer verdient die sorgfältigste Erwägung. Ich beabsichtige jedes Verfahren zu begünstigen welches ihre Civilisirung, ihre Bekehrung zum Christenthum und schließlich die Verleihung des Bürgerrechts an sie zum Ziele hat. Ich hoffe und wünsche die endliche Annahme des Amendements zur Constitution, wodurch das allgemeine Stimmrecht gesichert wird. Schließlich bitte ich darum, daß im ganzen Lande einer gegen den andern geduldige Nachsicht übe und daß jeder Bürger den festen Entschluß fasse, sein möglichstes zu thun, um das Glück der Union zu befestigen, und ich flehe zu Gott, daß er seinen Segen dazu gebe.

Morgen in einem geschlossenen Wagen nach dem Lyoner Bahnhof gebracht worden waren, auf der Eisenbahn nach Macon ab. Eine große Anzahl von Verwandten und Freunden des Verstorbenen hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden, um dem Dahingeschiedenen die letzte Ehre zu erweisen. Unter den Anwesenden bemerkte man Emil Augier, Henri Martin, Garnier-Pagès, Glaiz-Bizoin, L. Ratisbonne ic. Mit einem früheren Zuge war eine der Nichten des Verstorbenen, die in Macon ansässige Gräfin de Pierreclos, in Begleitung von E. Ollivier, Victor de Laprade und Edmund Texier abgefahren, um in St. Point die nöthigen Vorbereitungen zum Empfang der Leiche zu treffen. Mit dem Leichenzuge selbst gingen der Neffe Lamartine's und einige seiner alten Freunde. Donnerstag kam der Zug in Macon an, und von da sollte die Leiche nach dem 20 Kilometres entfernten St. Point gebracht werden. Der Trauergottesdienst findet in der kleinen Kirche von St. Point statt. Auf dem Friedhof des Dörfchens ist die Familiengruft, welche die sterblichen Überreste der Mutter, sowie der Gattin und der Tochter Lamartine's birgt. Der Leichenzug hält — wie das „Journal de Debats“, dem wir diese Einzelheiten entnehmen, berichtet — unterwegs am Schlosse Monceau an, dem Lieblingsaufenthalt des Verstorbenen, dort, wo er am Eingange einen Brunnen hatte errichten lassen mit der Inschrift: „A qui boit à sa soif, la goutte vaut un fleuve.“ Auch die beiden Alten, die bereits seit 35 Jahren in Diensten Lamartine's waren, befinden sich unter denen, welche ihrem Herrn das Geleite bis zur letzten Ruhestätte geben — Wie der „Figaro“ versichert, hat Lamartine den zahlreichen Subscribers seines „Cours de littérature“ ein Zeichen der Dankbarkeit für ihre Anhänglichkeit in Form eines 300 Zeilen starken Gedichtes hinterlassen, das nun nach seinem Tode unter dem Titel: „Chant du cygne“ (der Schwanengesang) erscheinen wird.

— (Die Civilistie der Königin Victoria) beläuft sich auf 385.000 Pfund Sterling per Jahr. Diese Summe erhält sie jedoch nicht alljährlich ausbezahlt, wie aus der Natur der sechs Classen, in welche sie zerfällt, hervorgeht. Classe I repräsentirt den allmonatlich in die königliche Privatschatulle gezahlten Betrag von 5000 Pfund Sterling oder 60.000 Pfund Sterling per Jahr; Classe II weist 131.260 Pfund Sterling jährlich für Gehalte und Pensionen der gegenwärtigen und früheren Bediensteten des königlichen Haushaltes aus; Classe III mit 172.500 Pfund Sterling dient zur Deckung der königlichen Haushaltstosten; Classe IV dient fast ausschließlich zu wohltätigen Zwecken, und von dem Gesamtbetrage per 13.000 Pfund Sterling werden 9000 zu den sogenannten „Royal Bounty Grants“ verwendet, welche unter der Verwaltung des jetzigen Premiers stehen und bedürftigen Schriftstellern, Verwandten von verstorbenen Offizieren und um den Staat besonders verdienstlichen Personen zugute kommen. Von der nämlichen Classe stammen auch die 2000 Pfund Sterling jährlich her, welche der Bischof von Oxford als Lord-Groß-Almosenier an Almosen vertheilt, und ferner die Summe von 1200 Pfund Sterling für Pensionen an bedürftige Damen, deren Vergebung der Gemalin des jetzigen Premiers obliegt; Classe V umfaßt Pensionen an verdiente Gelehrte und andere um das Vaterland besonders verdiente Personen. Die letzte Classe mit 8040 Pfund Sterling dient als Reservesfonds für die vorhergehenden.

— (In Russisch-Polen) greift der Hungertypus mehr und mehr um sich und hat auch im Gouvernement Wilna bereits einen ansteckenden Charakter angenommen. Ursache der Notth sind die schlechten Centen und andere wirtschaftliche Missstände, diese aber sind zum größten Theil durch das rücksichtslose Russifizierungssystem verschuldet, welches bedeutende Verheerungen anrichtete. Die östlichen Blätter mahnen die Regierung in ihrem eigenen Interesse zur Mäßigung. — Dieselbe scheint in jüngster Zeit mindestens theilweise eintreten zu sollen. So meldet die „Schles. Zeit.“ aus Wilna, daß eine Modification des bisherigen Russifizierungssystems eintreten werde. Das Beharren auf demselben kostet der Regierung bereits über 9 Millionen Rubel und man habe nichts dabei erreicht, als daß Tausende Hungers gestorben seien. Die zur Ermittelung des Notstandes seither thätige Commission sei kürzlich durch eine andere aus Petersburg abgelöst worden. — Die „Plessauer Zeitung“ meldet von der polnischen Grenze: In Lublin ist eine Commission zur Untersuchung des näheren Thatbestandes der Flucht des Prätaten Sosnowski eingesezt worden. Mehrere Personen sind, als der Unterstützung dieser Flucht verdächtig, bereits eingebrochen. Ein russischer Polizeicommissär hat sich incognito nach Lemberg begeben, um daselbst weitere auf diese Flucht bezüglichen Daten auszuforschen.

— (In Russisch-Polen) greift der Hungertypus mehr und mehr um sich und hat auch im Gouvernement Wilna bereits einen ansteckenden Charakter angenommen. Ursache der Notth sind die schlechten Centen und andere wirtschaftliche Missstände, diese aber sind zum größten Theil durch das rücksichtslose Russifizierungssystem verschuldet, welches bedeutende Verheerungen anrichtete. Die östlichen Blätter mahnen die Regierung in ihrem eigenen Interesse zur Mäßigung. — Dieselbe scheint in jüngster Zeit mindestens theilweise eintreten zu sollen. So meldet die „Schles. Zeit.“ aus Wilna, daß eine Modification des bisherigen Russifizierungssystems eintreten werde. Das Beharren auf demselben kostet der Regierung bereits über 9 Millionen Rubel und man habe nichts dabei erreicht, als daß Tausende Hungers gestorben seien. Die zur Ermittelung des Notstandes seither thätige Commission sei kürzlich durch eine andere aus Petersburg abgelöst worden. — Die „Plessauer Zeitung“ meldet von der polnischen Grenze: In Lublin ist eine Commission zur Untersuchung des näheren Thatbestandes der Flucht des Prätaten Sosnowski eingesezt worden. Mehrere Personen sind, als der Unterstützung dieser Flucht verdächtig, bereits eingebrochen. Ein russischer Polizeicommissär hat sich incognito nach Lemberg begeben, um daselbst weitere auf diese Flucht bezüglichen Daten auszuforschen.

Ein Statthalter an einen Erzbischof.

Senor José Peris y Valero, Gouverneur der spanischen Provinz Valencia, richtet an den Erzbischof der Stadt Valencia ein höchst energisches Schreiben, worin er sich über das Treiben der Pfarrer beklagt, „die von dem Lehrstuhle des heiligen Geistes, den sie in eine Demagogien-Tribüne verwandelt haben, heruntergestiegen sind bis zu dem häuslichen Herde, um das religiöse Gefühl der Gläubigen durch boschaste Auslegung der Handlungen und Gedanken der Regierung zur Empörung aufzureizen.“

Im weiteren Verlaufe des Actenstücks heißt es: „Es ist nötig, daß die Kanzel nicht zur Tribüne werde, sondern bleibe, was sie sein soll: ein Lehrstuhl, von wo herab das Volk in der evangelischen Wahrheit, nicht aber im Ungehorsam gegen die Regierung unterrichtet werde.“

Der Statthalter habe geglaubt, daß die Priester, ergeben den Vorschriften ihres geistlichen Oberhauptes, nicht das seaudalose Schauspiel offenen Ungehorsams geben würden, aber dem sei leider nicht so; ja noch mehr, der Kirchenfürst habe „trotzdem weder Befehl, noch Warnung, noch irgend welche gütliche Mahnung erlassen, um diejenigen zu ihrer Pflicht zurückzuweisen, die sowohl

Tagesneuigkeiten.

— (Der Superintendent der Wiener unitarischen Gemeinde), Herr Forstner, ist vom Presbyterium ersucht worden, während der Dauer einer gegen ihn wegen Unstimmigkeit eingeleiteten Untersuchung sich aller geistlichen Functionen zu enthalten.

— (Schneesturm.) Fast aus allen Theilen der Monarchie wird gemeldet, daß am 2. und 3. d. M. ein Sturm währte, der eine bedeutende Kälte und Schnee brachte und namhaften Schaden anrichtete.

— (Für die Hinterbliebenen der „Radetzky“.) Der österreichische patriotische Hilfsverein in Triest hat in der am 2. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung beschlossen, für die Opfer der Katastrophe der Fregatte „Radetzky“ nicht einen Theil der vorhandenen Mittel zu verwenden, sondern zu diesem Behufe auch eine specielle Sammlung einzuleiten, deren Ergebnis abgesehen verrechnet und ausgewiesen und ausschließlich für den obenerwähnten Zweck verwendet werden wird.

— (Über den Einfluß des Grafen Bismarck) erzählt die „Tagespost“: Allzeit wollte man, als es sich um die Entschädigung an Frankfurt handelte, daß den Frankfurtern drei Millionen gegeben werden. König, Abgeordnetenhaus und die Stadt Frankfurt stimmten selbst darin überein. Aber Graf Bismarck, welcher die Stadt Frankfurt überhaupt und namentlich seit seiner Anwesenheit als Bundesstagsmitglied gummig hält, sträubte sich aus allen Kräften gegen die drei Millionen und drohte mit seinem Rücktritt. König Wilhelm befand sich nun in einer eigentümlichen Lage. Der Stadt Frankfurt wollte er die drei Millionen nicht verweigern, weil er die Gerechtigkeit dieser Forderung einsah. Aus Staatsmitteln durften aber die drei Millionen nicht gezahlt werden, weil der allmächtige Bismarck es nicht wollte. So zahlte der König die dritte Million aus seiner Privatcasse.

— (Das Straßenspäder gestohlen.) Vor einigen Tagen fand früh Morgens ein unbekannter Mann in einer der noch nicht mit Namen versehenen, aber bereits gepflasterten Straßen vor dem Rosenthaler Thore in Berlin in eifriger Hast an, das Pflaster aufzurichten. Nicht lange nachher fuhr ein Wagen an die aufgerissenen Steine und der Führer des Gespanns lud diese auf. Beide entfernten sich mit dem beladenen Wagen und derjenige, der die Steine aufgerissen, dirigirte den Kutscher vor ein Grundstück in jene Gegend, wo Steinseher mit der Pflasterung des Hofes beschäftigt waren. Hier bot er dem Polier die Steine zum Kaufe an. Da dieselben jedoch dem Sachverständigen zu theuer waren, er auch mit einem Unbekannten ein derartiges Geschäft nicht eingehen möchte, so entfernte sich der Speculant, ohne zurückzukehren.

— (Lamartine's Bestattung.) Mittwoch Nachmittags gingen die sterblichen Überreste Lamartine's, die bereits am

